

Uwe Schimank

Planung – Steuerung – Governance: Metamorphosen politischer Gesellschaftsgestaltung

Zusammenfassung

Der Beitrag stellt die Governance-Perspektive auf politische Gesellschaftsgestaltung vor, indem er sie als Weiterführung dessen porträtiert, was in den 1960er-Jahren als politische „Planung“ konzipiert und etabliert und dann in den 1980er-Jahren als politische „Steuerung“ weiter diskutiert wurde.

Schlüsselwörter: Governance, Steuerung, Planung, Politik, Gesellschaftsgestaltung

Planning – Guidance – Governance: Metamorphoses of the Political Formation of Society

Abstract

The article presents the governance perspective on the political formation of society. This perspective is portrayed as a continuation of conceptions of “political planning” from the 1960s which were discussed later in the 1980s as political “guidance”.

Keywords: governance, guidance, planning, politics, formation of society

Dass mittlerweile nicht nur in sozialwissenschaftlichen Kontexten, sondern auch in der politischen Öffentlichkeit und unter Experten verschiedener Gesellschaftsbereiche wie Gesundheit, Kultur, Medien oder Bildung von „Governance“ gesprochen und diese Begrifflichkeit als eine geläufige unterstellt und gehandhabt wird, täuscht leicht über den Tatbestand hinweg, dass „Governance“ vor zehn Jahren noch für viele Fachleute und erst recht in einer breiteren Öffentlichkeit ein Fremdwort war. Seitdem kann man geradezu von einem Siegeszug des Begriffs und der damit verbundenen Perspektive sprechen. Ursprünglich sprach man in der Entwicklungspolitik von „good governance“, um Nehmerländer zu charakterisieren, deren Regierungssysteme und zivilgesellschaftliche Strukturen erwarten ließen, dass Gelder und Projekte der Entwicklungshilfe gut eingesetzt würden. Inzwischen gibt es auch Benchmarks des „good governance“ für entwickelte westliche Gesellschaften, etwa für das deutsche Gesundheits- oder Bildungssystem. An der vor wenigen Jahren gegründeten Hertie

School of Governance im Berliner Regierungsviertel können künftige politische und administrative Entscheidungsträger lernen, wie Governance funktioniert – wiederum, um ihren Job, z.B. bei der OECD, im Schulministerium oder bei der GEW, unter heutigen Bedingungen besser zu machen. Und der VS Verlag für Sozialwissenschaften hat im vorletzten Jahr im Rahmen seines bildungswissenschaftlichen Programms eine Buchreihe „educational governance“ begonnen, die den Umbau der Regelungs- und Entscheidungsstrukturen nationaler Schulsysteme in Europa – natürlich mit besonderem Augenmerk auf Deutschland – sowohl mit empirischen Beobachtungen und Praxisberichten als auch mit theoretischen Reflexionen begleiten will.¹ Dies sind nur drei herausgegriffene Beispiele, die für viele andere stehen: Das Governance-Thema ist angesagt – nicht nur, aber auch im Bildungssystem!

Die rasche Diffusion weckt natürlich den Verdacht, es könne sich um einen Modebegriff handeln, der ebenso schnell und unerwartet wieder von der Bildfläche verschwinden wird. Auch um sich diesbezüglich rückzuversichern, ist es angebracht, sich die Ursprünge der Governance-Perspektive etwas genauer zu vergegenwärtigen. Hat diese Perspektive solide theoretische Wurzeln oder geht es bloß darum, mit Wortgeklingel kurzfristig Aufmerksamkeit zu erregen? Und was heißt überhaupt „Governance“? Auch diese Frage lässt sich am besten vor dem Hintergrund der theoretischen Vorgänger „Planung“ und „Steuerung“ beantworten.

1. Planung – Steuerung

Von den drei Begriffen „Governance“, „Steuerung“ und „Planung“ ist zweifellos letzterer derjenige, der von Anfang an auch jenseits des sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauchs verwendet worden ist. Das täuscht darüber hinweg, dass Planung etwas ist, worüber man in der Politik entwickelter westlicher Gesellschaften auch erst seit den 1960er-Jahren ernsthaft spricht. Bis dahin war der Begriff verpönt, weil er an Planwirtschaft erinnerte – also die „Systemkonkurrenz“ auf der anderen Seite des „Eisernen Vorhangs“. Zwar gab es in der öffentlichen Verwaltung immer schon Haushaltspläne, und auch Unternehmensplanung wurde, jedenfalls in Großunternehmen, längst betrieben. Doch über die Ebene einzelner Organisationen hinaus galt Planung als suspekt. Das änderte sich, als in den 1960er Jahren zum einen eine bewusst keynesianische Wirtschaftspolitik begonnen wurde, die durch eine vorausschauende antizyklische staatliche Konjunkturlenkung dauerhafte gesamtwirtschaftliche Stabilität gewährleisten wollte. Zum anderen begann der Staat eine längerfristige und an ehrgeizigen Reformzielen orientierte Planung seiner Tätigkeit in den verschiedenen Ressorts – beginnend mit der alle Ressorts berührenden Haushaltsplanung durch das Finanzministerium, in den USA mit dem „planning programming budgeting system“ (PPBS), in Deutschland mit der mittelfristigen Finanz-

1 Siehe nur beispielhaft den Eröffnungsband von Altrichter u.a. (2007).

planung. Das zog dann schnell Fachplanungen der anderen Ressorts nach sich, u.a. die Bildungsplanung angesichts des damals erforderlichen massiven Ausbaus des Schul- und Hochschulsystems.

Hinter Planung stand seitdem bis in die Mitte der 1970er Jahre die Vorstellung einer primär etatistischen Gestaltung gesellschaftlicher Felder durch die Politik, mit der Ministerialbürokratie – nicht etwa dem Parlament – als zentralem Gestaltungssubjekt, das „von oben“ mit großer Zielgenauigkeit dirigistisch in ein jeweiliges Gestaltungsobjekt wie zum Beispiel das Schulsystem hineinzuwirken vermochte (vgl. Scharpf 1973; Naschold/Väth 1973). Auch wenn man im Westen niemals der Planungshypertrophie des damals noch real existierenden Sozialismus anhing, war der technokratisch motivierte Gestaltungsoptimismus doch beträchtlich. Er kam nicht zuletzt in zu jener Zeit verbreiteten kybernetischen Planungskonzepten zum Ausdruck (vgl. Lange 2007). Politische Planung verstand sich als geschickte Manipulation der richtigen Stellgrößen in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen.

Als entscheidende Engpässe erfolgreicher politischer Gesellschaftsgestaltung erschienen in der Planungsperspektive zum einen die Wissensbasis der staatlichen Planer/innen über das Planungsobjekt, zum anderen die Koordination der verschiedenen an einer Planung beteiligten staatlichen Instanzen. Entsprechend wurde als eigentliche Voraussetzung ambitionierter Gesellschaftsreformen, etwa im Bildungswesen, eine „innere Reform“ des staatlichen Planungsapparats gesehen, die ihn zu „aktiver Politik“ – ein anderer damaliger Ausdruck für Planung – befähigen sollte (vgl. Mayntz/Scharpf 1973). Vielbeachtet waren zu Zeiten der frühen sozialliberalen Koalition Bemühungen, das Bundeskanzleramt zur obersten, alle Ressorts koordinierenden Planungsbehörde Deutschlands zu machen, wobei man sich nicht zuletzt vom Einsatz von Großrechnern Hilfe bei der Informationsverarbeitung versprach.

Dann erschien eine schnell berühmt gewordene amerikanische Policy-Studie mit dem ironischen Titel: „Implementation. How Great Expectations in Washington Are Dashed in Oakland, or, Why It's Amazing that Federal Programs Work at All“ (Pressman/Wildavsky 1973). Die Implementationsforschung schaute nach, was denn eigentlich vor Ort – in den am Reißbrett entworfenen neuen Wohnsiedlungen, beim Bau immer weiterer Kernkraftwerke oder in den neu geschaffenen Gesamtschulen – aus den ambitionierten Planungen der Regierung wurde. Das Ergebnis solcher Studien, die es bald auch in Deutschland gab (vgl. Mayntz 1980; 1983), war ernüchternd. Die Planung „von oben herab“, die man bis dahin praktiziert hatte, funktioniert offensichtlich nicht, weil das jeweilige Planungsobjekt eben nicht bloß ein passiver, seine Formung durch die staatliche Politik willig über sich ergehen lassender Gegenstand ist, sondern eigenwillig und eigensinnig agiert. Es handelt sich in der Stadt- oder Energie- oder Schulpolitik um komplexe Konstellationen individueller und korporativer Akteure mit je eigenen Interessen und Einflusspotenzialen. Lehrer z.B. lassen sich in ihrem tagtäglichen schulischen Handeln nicht einfach planen.

Sie haben ein pädagogisches Ethos; sie sind mit vielen Bezugsgruppen (u.a. Schüler/innen, Eltern, Kolleg/inn/en) konfrontiert, die ganz unterschiedliche Erwartungen an sie hegen; sie müssen den je besonderen Umständen an ihrer Schule Rechnung tragen – und all das geht in keiner einheitlichen Planung auf.

Terminologisch schwenkte man angesichts solcher Befunde in Deutschland Anfang der 1980er-Jahre auf „Steuerung“ um (vgl. Mayntz 1987). Zu den empirischen politikwissenschaftlichen Studien kamen theoretische Überlegungen hinzu. Dietrich Dörner (1989) zeigte in seiner pessimistischen Lesart der Kybernetik die schier unwiderstehliche „Logik des Misslingens“ auf, die jedem Gestaltungseingriff in hochgradig intransparente eigendynamische Systeme innewohnt. Beste Absichten und wohl überlegte Maßnahmen bleiben wirkungslos oder – noch schlimmer – richten völlig unvorhergesehene und unerwünschte gravierende Nebenwirkungen an. Am radikalsten behauptete Niklas Luhmann (1989), dass jedes Bemühen einer politischen Steuerung der Gesellschaft illusionär sei, weil alle gesellschaftlichen Teilsysteme intransparente geschlossene Operationszusammenhänge bilden, an denen politische Impulse entweder völlig abprallen oder in deren eigensinnigen Bahnen politische Impulse gänzlich transintentionale Effekte zeitigen (vgl. Lange 2003).

Die politische Praxis hat u.a. aus derlei Einsichten bald mancherorts den radikalen Schluss gezogen, einen „neoliberalen“ Anti-Etatismus des „Mehr Markt!“ zu proklamieren. Margaret Thatchers Regierungszeit in Großbritannien war hierfür in Europa das exponierteste Beispiel; „new public management“ (NPM), das auf Konkurrenzdruck als Mechanismus der Effizienz- und Effektivitätssteigerung im öffentlichen Sektor setzt, begann ebenfalls zu jener Zeit seinen bis heute offenbar unaufhaltsamen Siegeszug von den Kommunalverwaltungen über Krankenhäuser und Universitäten bis zu den Schulen (vgl. OECD 1995). Die analytisch differenziertere Reaktion der Politikwissenschaft bestand demgegenüber darin, zwar einerseits entschlossen von der zu einseitigen bisherigen Konzentration auf etatistische Gesellschaftsteuerung, also auf Hierarchie im Verhältnis des Staats zu seiner gesellschaftlichen Umwelt, abzurücken, diesem jedoch nicht ein ebenso vereinseitigtes Marktmodell, sondern eine Mehrzahl von vielfältig kombinierbaren Mechanismen politischer Handlungskoordination und gesellschaftlicher Interdependenzbewältigung gegenüberzustellen. So wurden etwa Politiknetzwerke, professionelle Gemeinschaften, die „Zivilgesellschaft“, Verhandlungskonstellationen oder Verbände zusätzlich in den Blick genommen (vgl. Glasgow 1984; Streeck/Schmitter 1985; Gotsch 1987).

2. Governance

Mit den zuletzt erwähnten Diskussionen war man nicht mehr weit von dem entfernt, was dann bald als „Governance“ firmierte (vgl. Mayntz 1996; 1998) – auch wenn diese Perspektive ihren zeitlich früheren Ursprung in zwei ganz anderen, bis

jetzt noch gar nicht angesprochenen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen hatte: den politikwissenschaftlichen Forschungen über internationale Beziehungen und der Institutionenökonomie.

Beziehungen zwischen Staaten sind nicht streng hierarchisch geregelt – auch nicht im Rahmen der Vereinten Nationen oder der Europäischen Union. Die internationale Bühne der Politik stellt vielmehr ein „Governance without Government“ (Rosenau/Czempiel 1992) dar. Kein über den Beteiligten stehender Schiedsrichter sorgt für die Einhaltung der Regeln. Zweifellos ist die Handlungskoordination unter diesen Umständen nicht einfach, wie vielfältige Beispiele – siehe nur die EU – dokumentieren; und die Ergebnisse befriedigen längst nicht immer. Doch nicht nur erscheint, realistisch betrachtet, die Etablierung einer dauerhaften Hierarchie in den zwischenstaatlichen Beziehungen wenig aussichtsreich – eine „Weltregierung“ mit hierarchischen Befugnissen ist auch gar nicht notwendig, um eine dauerhafte und friedliche Abstimmung zwischen Staaten zu ermöglichen.

Diese Entwicklungslinie politikwissenschaftlicher Forschungen hat dazu geführt, dass „Governance“ auch in der Betrachtung innerstaatlicher Verhältnisse manchmal als Gegenbegriff zu „Government“ – letzteres im Sinne einer hierarchisch-etatistischen Gesellschaftsgestaltung verstanden – benutzt wird. So wird beispielsweise in der Medienpolitik eine kontinentaleuropäische „Government“-Tradition des öffentlichen Rundfunks einer angelsächsischen „Governance“-Tradition gegenübergestellt, die seit jeher gewichtige private Anbieter kennt (vgl. Jarren/Donges 2007); in der Bildungspolitik könnte ein Ländervergleich ein ähnliches Muster ergeben. Mit einer solchen Begriffsverwendung läuft man allerdings Gefahr, eine Zwei-Welten-Lehre zu etablieren, die hierarchisch-etatistisches „Government“ – das es natürlich nach wie vor gibt – und „Governance“ als „gemischtes Regime“ staatlicher und privater Akteure strikt trennt, was aber der Realität in immer weniger Bereichen politischer Gesellschaftsgestaltung gerecht wird. So mischen etwa inzwischen auch in der deutschen Schulpolitik, die traditionell zweifellos eine stark etatistische Veranstaltung – inklusive einer hoheitlichen Hinzuziehung der Lehrerverbände – war, immer mehr und immer heterogenere Akteure einflussreich mit: Eltern und deren Verbände, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, die Bertelsmann-Stiftung und weitere Agenten des NPM bis hin zu Unternehmensberatungen, die OECD als Veranstalter von PISA etc. ...

Man sollte also nicht „Governance“ gegen „Government“ setzen, sondern Ersteres zum Oberbegriff für sämtliche Formen gesellschaftlicher Interdependenzbewältigung machen, wie es die institutionenökonomische Denktradition schon früh getan hatte. Ronald Coase (1937) wies auf eine offenkundige Anomalie des neoklassischen Mainstreams wirtschaftswissenschaftlichen Denkens hin. Dieser Mainstream weist den Markt als unübertroffenen Mechanismus der Koordination interdependenten Handelns von Akteuren aus, sobald es um die Allokation knapper Ressourcen geht.

Doch ganz offensichtlich existieren im Wirtschaftsleben der modernen Gesellschaft Formen der Handlungskoordination, die den Markt außer Kraft setzen und gerade deshalb für das Funktionieren von Märkten unentbehrlich sind. Am unübersehbarsten sind Arbeitsorganisationen – also Institutionen, die dafür sorgen, dass Unternehmer und Arbeitssuchende nicht tagtäglich neu auf einem lokalen Arbeitsmarkt aushandeln müssen, wer welche Tätigkeiten für wen zu welchem Preis zu erbringen bereit ist. Moderne Wirtschaft kann nicht mit Tagelöhnern arbeiten, Markt muss an dieser Stelle durch Organisation ergänzt werden.

Oliver Williamson (1975) hat die Überlegungen von Coase zu einem institutionenökonomischen Forschungsprogramm ausgearbeitet, in dessen Zentrum das Konzept der Transaktionskosten steht. Diese Kosten wirtschaftlicher Transaktionen sind nicht in jedem Falle dann am geringsten, wenn die Transaktionen über einen Markt abgewickelt werden. Bestimmte Bedingungen, die sich genauer spezifizieren lassen, lassen vielmehr organisatorische Hierarchien oder interorganisatorische Netzwerke als überlegene, nämlich effizientere oder effektivere Formen der Handlungskoordination erscheinen. Von der Ebene der einzelnen Unternehmen reicht die institutionenökonomische Governance-Perspektive mittlerweile bis zur Betrachtung nationaler „varieties of capitalism“, also der jeweils besonderen Mischungsverhältnisse, in denen der Marktmechanismus in Verbindung mit anderen Governance-Mechanismen Volkswirtschaften wie den „Rheinischen Kapitalismus“ Deutschlands im Unterschied zum angelsächsischen Kapitalismus prägt (vgl. Lütz 2007).

Die beiden disziplinären Wurzeln der Governance-Perspektive stehen somit in einem eigentümlichen Komplementaritätsverhältnis zueinander, das die Fragestellungen, mit denen sich die Perspektive beschäftigt, nachhaltig geprägt hat: Die Wirtschaftswissenschaft lernt, dass es noch andere, ebenso wichtige Mechanismen der Interdependenzbewältigung gibt als den Marktwettbewerb; und die Politikwissenschaft erteilt sich dieselbe Lektion in Bezug auf Etatismus und organisatorische Hierarchie. Jede der beiden Disziplinen entdeckt dabei nicht nur den zuvor ausschließlich von der je anderen Seite thematisierten und favorisierten Governance-Mechanismus, sondern darüber hinaus weitere bereits erwähnte Mechanismen wie Netzwerke, Gemeinschaften oder Verhandlung; und im Zusammenwirken insbesondere noch mit der Soziologie gewinnt so allmählich ein differenziertes Bild von Governance Konturen.²

Die Governance-Perspektive hält an dem Interesse fest, das schon die Planungs- und die Steuerungs-Perspektive an *intentionaler Gestaltung* gesellschaftlicher Verhältnisse hatten. Alle drei Perspektiven vertrauen nicht allein auf die berühmte segensreiche „invisible hand“ Adam Smiths, ob nun in der Marktwirtschaft oder in anderen Gesellschaftsbereichen, sondern setzen darauf, dass ihr eine „visible hand“ (vgl.

2 Siehe als Handbuch-Überblick zum aktuellen Stand Benz u.a. (2007).

Chandler 1977) zur Seite steht. Die rein wettbewerbsförmige Koordination der Partikularinteressen bringt nicht automatisch sachgerechte Problemlösungen – vom „Gemeinwohl“ ganz zu schweigen – hervor; es bedarf vielmehr eines bewussten Ringens um Sachgerechtigkeit. Damit akzentuiert die Governance-Perspektive, anders als noch die Planungs-Perspektive, auch die genuin *politische* Seite des Geschehens. So auf die Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen zu blicken bedeutet, den Kampf um die Durchsetzung von Ordnungsvorstellungen zu betonen, der sich in Interessen- und Einflusskonstellationen vollzieht. Alle beteiligten Akteure sind „watchdogs for values“ (Lindblom 1965, S. 156), achten also aus ihrem jeweiligen Eigeninteresse darauf, dass bestimmten, oftmals konkurrierenden Sacherfordernissen Rechnung getragen wird.

Politische Gestaltungsakteure, etwa Schulpolitiker/innen, müssen sich demzufolge immer mehr *Empathie* mit denjenigen aneignen, deren Handlungskontexte sie gestalten wollen. Das geschieht weniger freiwillig als notgedrungen: weil man einseht, dass man sich über die Vorstellungen und Belange derer, die als Ärztinnen und Ärzte, Professor/inn/en oder Lehrer/innen wirken, und derer, die als Patient/inn/en, Student/inn/en und Schüler/innen davon profitieren wollen, nicht dauerhaft hinwegsetzen kann. Der bzw. die wissenschaftliche Beobachter/in blickt nicht länger – wie in der Planungs-Perspektive – bestimmten staatlichen Akteuren über die Schulter und erschließt sich die Konstellation ganz aus deren technokratisch besserwisserischer Warte, sondern nimmt die Konstellation gleichsam aus der Vogelperspektive als Kräftefeld in den Blick. Die Governance-Perspektive betrachtet also eine Akteurkonstellation im Hinblick auf tatsächlich geschehende oder mögliche *multiple* Bestrebungen intentionaler Gestaltung.

3. Ausblick

Es ist deutlich geworden, dass zwischen der Bildungsplanung der späten 1960er Jahre und den aktuellen bildungspolitischen Maßnahmen auf der Linie des NPM ein langer Weg liegt. Man mag am NPM vieles auszusetzen haben: Es wäre töricht, dahinter weiterhin den technokratischen Staat von Vorgestern zu sehen – auch wenn sich manche in den Ministerien nach wie vor so gerieren.

Einerseits spiegelt sich in der Trajektorie von Planung über Steuerung zu Governance ein durchaus schmerzhafter Lernprozess politischer Gesellschaftsgestaltung wider. Der sich zunächst nahezu omnipotent wahnende Staat hat zur Kenntnis zu nehmen, dass er lediglich einer von vielen Mitspielern ist, die sich mit je eigenen Interessen um Krankenhäuser, Universitäten oder Schulen kümmern; und er ist in diesem Spiel keineswegs stets der dominante Akteur. Andererseits kann man denselben Vorgang aus Sicht der anderen Beteiligten auch als Erfolgsgeschichte lesen. Die Governance-Perspektive bedeutet, dass analytisch eine *Pluralisierung* der Gestaltung gesellschaft-

licher Verhältnisse nachvollzogen wird – wie immer man dies im Einzelfall bewerten mag.

Literatur

- Altrichter, H./Brüsemeister, T./Wissinger, J. (Hrsg.) (2007): Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem. Wiesbaden: VS.
- Benz, A./Lütz, S./Schimank, U./Simonis, G. (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Wiesbaden: VS.
- Chandler, A. (1977): *The Visible Hand. The Managerial Revolution in American Business.* Cambridge, M.A.: Belknap Press.
- Coase, R.H. (1937): *The Nature of the Firm.* In: *Economica* 4, S. 386-405.
- Dörner, D. (1989): *Die Logik des Mißlingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen.* Reinbek: Rowohlt.
- Glagow, M. (Hrsg.) (1984): *Gesellschaftsteuerung zwischen Korporatismus und Subsidiarität.* Bielefeld: AJZ.
- Gotsch, W. (1987): „Soziale Steuerung“ – Zum fehlenden Konzept einer Debatte. In: Glagow, M./Willke, H. (Hrsg.): *Dezentrale Gesellschaftsteuerung – Probleme der Integration polyzentrischer Gesellschaft.* Pfaffenweiler: Centaurus, S. 27-44.
- Jarren, O./Donges, P. (2007): *Massenmedien.* In: Benz, A. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Governance.* Wiesbaden: VS, S. 452-461.
- Lange, S. (2003): *Niklas Luhmans Theorie der Politik. Eine Abklärung der Staatsgesellschaft.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Lange, S. (2007): *Kybernetik und Systemtheorie.* In: Benz, A. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Governance.* Wiesbaden: VS, S. 176-187.
- Lindblom, C.E. (1965): *The Intelligence of Democracy. Decision-Making Through Mutual Adjustment.* New York: The Free Press.
- Lütz, S. (2007): *Wirtschaft.* In: Benz, A. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Governance.* Wiesbaden: VS, S. 390-400.
- Luhmann, N. (1989): *Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag.* In: *Politische Vierteljahresschrift* 30, S. 4-9.
- Mayntz, R. (Hrsg.) (1980): *Implementation politischer Programme. Empirische Forschungsberichte.* Königstein/Ts.: Athenäum.
- Mayntz, R. (Hrsg.) (1983): *Implementation politischer Programme. Bd. 2.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mayntz, R. (1987): *Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme. Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma.* In: Ellwein, T. u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft. Bd. 1.* Baden-Baden: Nomos, S. 89-110.
- Mayntz, R. (1996): *Politische Steuerung. Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie.* In: Beyme, K. v./Offe, C. (Hrsg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation.* Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 148-168.
- Mayntz, R. (1998): *New Challenges to Governance Theory.* Florenz: European University Institute.
- Mayntz, R./Scharpf, F.W. (Hrsg.) (1973): *Planungsorganisation.* München: Piper.
- Naschold, F./Väth, W. (Hrsg.) (1973): *Politische Planungssysteme.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (1995): *Governance in Transition: Public Management Reforms in OECD Countries.* Paris: OECD.

- Pressman, J.L./Wildavsky, A. (1973): Implementation. How Great Expectations in Washington Are Dashed in Oakland, or, Why It's Amazing that Federal Programs Work at All. Berkeley: Oakland Project Series.
- Rosenau, J.N./Czempiel, E.-O. (Hrsg.) (1992): Governance without Government: Order and Change in World Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scharpf, F.-W. (1973): Planung als politischer Prozeß. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Streeck, W./Schmitter, P. (1985): Community, Market, State – and Associations?. In: European Sociological Review 1, S. 119-138.
- Williamson, O.E. (1975): Markets and Hierarchies. New York: Free Press.

Uwe Schimank, Prof. Dr., geb. 1955, Professor für Soziologie an der FernUniversität Hagen.

Anschrift: Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften, Universitätsstr. 11, 58084 Hagen
E-Mail: UWE.SCHIMANK@FERNUNI-HAGEN.DE